

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 401

Einwohnerratssitzung vom Montag, 13. Dezember 2010, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	40	Personen des Einwohnerrates
	7	Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat:- Gemeinderat: -	
Vorsitz	Dieter Stohler, Präsident	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter	

Geschäftsverzeichnis

1. Voranschlag 2011 (*auf der Homepage publiziert*) 2694
 - Bericht der RPK zum Voranschlag 2011
 - "Budgetpostulat" der SVP-Fraktion betreffend Steuersenkung
 - "Budgetpostulat" der SVP-Fraktion betreffend Reduktion Sachaufwand
 2. Finanzplan 2011 - 2015 2695
 - Bericht der RPK zum Finanzplan 2011 - 2015
 3. Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend "Umweltbelastung bei der ehemaligen Metallum in Pratteln" 2690
 4. Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend "Gefährliche chemische Stoffe im dicht besiedelten Pratteln" 2697
 5. Postulat der FDP-Fraktion, Patrick Freund, betreffend "Zu den Ausbauplänen der SBB in Pratteln" 2699
 6. Fragestunde (nach der Pause)
-

Musikalische Einleitung:

Dieter Stohler als Präsident des Einwohnerrates begrüsst zur 401. Sitzung des Einwohnerrates. Traditionsgemäss wird die Einwohnerratssitzung im Dezember zu Beginn musikalisch umrahmt, und schöne Traditionen soll man pflegen. Ich begrüsse das Ensemble „Sax-and-more“ der Kreismusikschule Pratteln-Augst-Giebenach unter der Leitung von Rolf Meier.

Es folgen 3 Musikstücke unter der Leitung von Rolf Meier.

Ich danke den Musikantinnen und Musikanten für den schwungvollen und feierlichen Auftritt. Der Vizepräsident übergibt allen ein kleines Präsent. Es freut mich, dass Pratteln über einen guten und grossen Nachwuchs auch im Bereich Musik verfügt. Ich denke, davon dürfte auch die Musikgesellschaft Pratteln profitieren, sodass auch in Zukunft weitere erfolgreiche Grossprojekte möglich sind und solche Pläne nicht etwa auf dem „Scheiterhaufen“ landen.

Dieter Stohler als Präsident des Einwohnerrates: Ich eröffne die 401. Sitzung des Prattler Einwohnerrates nun offiziell und begrüsse alle Mitglieder des Rates nochmals herzlich, ebenso die Mitglieder des Gemeinderates, die Medienvertreter und die Gäste und Zuhörer.

Präsenz:

Bereits einige Minuten nach dem Appell ist der Einwohnerrat mit 40 Personen vollständig anwesend. Das absolute Mehr beträgt 21; das 2/3-Mehr beträgt 27 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten Dieter Stohler:

Akustik: Wie Sie an den montierten Anlagen erkennen, wird heute eine neue Verstärker- bzw. Lautsprecheranlage getestet. Zu diesem Zweck sitzt hinten im Saal Herr Früh von der Firma „M+R Multimedia Productions“ an einem grossen Technikpult und steuert die Lautsprecher und die Aufnahmen.

Apéro: Im Anschluss an die ER-Sitzung wird von der Gemeinde Pratteln traditionellerweise ein Apéro offeriert. Von mir aus wäre es wünschenswert, wenn wir den Apéro nach der Budgetdebatte nicht erst um Mitternacht einnehmen (das hat's auch schon gegeben). Vielleicht kann ein Blick in das Geschäftsreglement des Einwohnerrates helfen, wo es in Ziff. 3.2.4.3 heisst: *„Alle sollen Ihr Votum klar und kurz zur Sache halten. Wiederholungen sind zu vermeiden.“*

Neue parlamentarische Vorstösse:

- Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder und Werner Graber, betreffend "Velo - Fussgängerunterführungen und SBB-Ausbaupläne"
- Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Eine neue Bahnlinie für den Güterverkehr“ vom 12. Dezember 2010
- Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Bahn 2030“ vom 12. Dezember 2010

Geschäftsverzeichnis:

Es gibt zum Geschäftsverzeichnis keine Bemerkungen und es wird nach der vorliegenden Traktandenliste verfahren.

Zu Beginn der Sitzung fehlen rund 25 Minuten Aufnahme, die durch einen Manipulationsfehler der beauftragten Firma am Mischpult entstanden sind. Dieser Teil des Protokolls wurde daher vereinfacht wiedergegeben.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2694 Voranschlag 2011

Aktenhinweis:

- Voranschlag 20110
- Bericht der RPK zum Voranschlag 2011 vom 25. November 2010

Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung

Auf der Bühne beim Büro des Einwohnerrates hat Herr Bernhard Stöcklin, Abteilungsleiter Finanzen, Platz genommen. Er wird Auskünfte erteilen, die beschlossenen Änderungen des Budgets laufend nachführen, so dass am Schluss eine genaue Zahl bekannt gegeben werden kann.

Roland Kuny als Präsident RPK: Der Voranschlag wurde der RPK am 22. Oktober 2010 zugestellt und an der Sitzung vom 1. November 2010 durch Gemeinderat Max Hippenmeyer vorgestellt. Die RPK befasste sich an insgesamt 6 Sitzungen mit dem Voranschlag. Die erhaltenen Detailunterlagen waren übersichtlich und verständlich. Die zahlreichen Detailfragen der RPK-Mitglieder wurden rasch und kompetent beantwortet. Wir danken allen Beteiligten und vor allem Herrn B. Stöcklin, Abteilungsleiter Finanzen, welcher die RPK bei ihrer Aufgabe einmal mehr hervorragend unterstützt hat. Einige grundsätzliche Bemerkungen: Die Budgetierung sowohl auf der Einnahmen- als auch Ausgabe-seite ist teilweise überaus vorsichtig erfolgt. Die Entwicklung der Steuereinnahmen wird im Voranschlag aufgrund der Hochrechnung der Ergebnisse von 2010 weiterhin positiv beurteilt. Dies trotz Senkung des Kapitalsteuersatzes für juristische Personen von 3.5‰ auf 2.75‰ aufgrund der kantonalen Unternehmenssteuerreform II. Die RPK schliesst sich diesen Überlegungen an, da die Wirtschaftskrise, welche Pratteln nur beschränkt betroffen hat, sich vor allem in den Steuererträgen für 2010 niederschlägt. Wiederum sind die Steuerabschreibungen für natürliche Personen aus Sicht der RPK zu hoch budgetiert. Die neue Kompensation für den Unterhalt der ehemaligen Realschulen durch den Kanton belastet das Budget und die Neuregelung der Pflegefinanzierung ebenfalls. Der substantielle Anstieg bei den Energiekosten ist teils durch Tarifierhöhungen seitens der EBL und teils durch neue gesetzliche Gebühren bedingt. Zusätzlich fallen die Mehrkosten für den Kauf von Ökostrom ins Gewicht. Gesamthaft glauben wir, dass die Energiekosten sehr vorsichtig budgetiert sind. Aufgrund der positiven Entwicklung der Abfallkasse sollen die Abfallgebühren per 1. Juli 2011 gesenkt werden. Trotz geplanter Modernisierung zweier Abfallsammelstellen wird mit einem Überschuss von CHF 26'830 gerechnet. Die Umstellung während des laufenden Jahres ist vertraglich bedingt. Die RPK begrüsst diesen Entscheid und empfiehlt dem Einwohnerrat, der Senkung zuzustimmen. Steuersatz: Die RPK sieht für die Zukunft weiterhin ein Potential für eine Steuersenkung. Da wegen den guten Steuererträgen mit weniger Finanzausgleich gerechnet werden muss und darum eine grosse Unsicherheit besteht, verzichtet die RPK mehrheitlich auf einen Antrag zur Steuersenkung. Zusätzlich stellt sich die Frage, ob die schlechte Finanzlage des Kantons sich auf die Gemeindefinanzen auswirken kann. Finanzausgleich: Der hervorragende Rechnungsabschluss für das Jahr 2009 schlägt sich massiv negativ auf das Jahr 2010 nieder, da die erhöhten Steuererträge direkten Einfluss auf den Finanzausgleich 2010 haben. Der horizontale Finanzausgleich sank von CHF 8.5 Mio. 2009 auf noch CHF 383'126 im Jahr 2010. Budgetiert waren CHF 4.7 Mio. Für 2011 werden nun CHF 1.8 Mio. budgetiert. Dieser Posten ist neben den Steuereinnahmen der grösste Unsicherheitsfaktor im Budget 2011 und wohl auch für die Voranschläge der kommenden Jahre. Konten: Die RPK könnte bei weiteren 20 Positionen einen Antrag auf Reduktion stellen. Diverse Sach- und Energiekonten wurden gegenüber der Rechnung minim angehoben und könnten um CHF 1'000 - 2'000/Position reduziert

werden. In diversen Konten ist schlecht ersichtlich, ob die Erhöhung wirklich notwendig ist oder aufgrund der verbesserten Finanzlage nun Begehrlichkeiten ins Budget einfließen. Die bemerkenswerte Anhebung des Sachaufwands lässt einen solchen Gedankengang aufkommen. Eine zu vorsichtige Budgetierung kann dazu führen, dass der effektive Rechnungsabschluss dann enorm von der Budgetierung abweicht. Somit verliert die Budgetierung an Aussagekraft und die Vorausrechnung des notwendigen Steuersatzes an Genauigkeit. Die RPK verzichtet aus den folgenden Gründen auf die Anträge: Die Energiekosten fallen je nach Härte und Länge der Heizperiode an. Die Steuerabschreibungen sind unserer Meinung nach zu hoch angenommen. Falls die Steuerabschreibung jedoch geringer ausfallen, hat dies eine positive Auswirkung auf die nächste Rechnung. Die Kürzungen bei den Sachkonten wäre unseriös und ein Flickwerk. Die Auswirkungen der Kürzungen wäre schlussendlich nur die Umwandlung einer roten Null in eine schwarze. Die RPK fordert weiterhin Budgetdisziplin. Budgetpostulate: Bis zum 24. November 2010 lagen der RPK keine schriftlichen Budgetpostulate vor.

GR Max Hippenmeyer: Bevor wir uns mit dem Voranschlag befassen, möchte ich mich bei allen am Budgetprozess Beteiligten für ihren Einsatz bedanken. Der Gemeinderat hat bei der Budgetierung das Legislaturziel „Ausgeglichene Budgets“ dieses Jahr höher gewichtet als das Ziel, die Steuern dem kantonalen Mittel anzunähern. Ich komme später noch darauf zurück, warum. Obschon sich die finanzielle Lage in den letzten Jahren markant verbessert hat, gilt es nach wie vor, eine gute Balance zwischen dem Notwendigen und dem Wünschbaren zu finden und neue Begehrlichkeiten kritisch zu hinterfragen. Ich denke, das vorliegende Budget ist ausgewogen und berücksichtigt die verschiedenen Anliegen in angemessener Weise. Die RPK hat in ihrem Bericht die wesentlichen Aspekte ausführlich dargelegt und ich beschränke mich deshalb auf ein paar wenige Ergänzungen bzw. Präzisierungen. Man kann durchaus der Ansicht sein, dass die Sachkosten vorsichtig, sprich zu hoch, budgetiert worden sind. Ich halte jedoch fest, dass die Steigerung gegenüber dem Vorjahr grösstenteils auf aufgeschobene Projekte und Unterhaltsarbeiten zurückzuführen ist. Wir haben auf Betreiben unserer Revisionsstelle die Abgrenzungspraxis gegenüber früheren Jahren konsequent eingeschränkt und so kommt es, dass einzelne Posten zwar im Budget waren, aber -meistens infolge fehlender personeller Ressourcen- noch nicht ausgeführt werden konnten. Diese verbessern dann den Rechnungsabschluss aber erscheinen dann halt wieder im Folgejahr. Aber es wird kein einziger unnötiger Franken budgetiert. Bei den Heizkosten ist es sehr schwierig, auf den Punkt genau zu budgetieren, denn wir können weder das Wetter noch die Entwicklung der Heizölpreise beeinflussen. Bei einem Tankvolumen von rund 530'000 Litern Heizöl in unseren Liegenschaften macht eine Preisdifferenz von CHF 10 pro 100 Liter immerhin schon CHF 53'000 aus. Und dass man da eine gewisse Vorsicht walten lässt bei der Budgetierung ist mir lieber, als wenn ich dann wegen unbeeinflussbarer Faktoren nach Erklärungen für eine Budgetüberschreitung suchen muss. Das Gleiche gilt für die Steuerabschreibungen. Diese wurden bereits letztes Jahr gemäss Vorgaben der Revisionsstelle angehoben, mit dem Segen der RPK notabene. Treffen sie nicht in dieser Höhe ein -was zu hoffen ist- dann umso besser. Grundsätzlich bringt es nichts, bei den unbeeinflussbaren Aufwendungen rosa zu malen um es dann schwarz betrachten zu müssen. Noch ein Wort zu den beiden Budgetpostulaten der SVP: Ich glaube wir wissen alle, dass das keine Budgetpostulate sind. Die Festsetzung des Steuersatzes werden wir bei der Abstimmung über den Voranschlag beschliessen und dorthin gehört dann auch der Antrag der SVP und der Antrag auf Reduktion des Sachaufwandes ist rechtlich so nicht machbar. Im Sachaufwand hat es orientierende (d.h. gesetzlich gebundene) und verbindliche Posten und eine generelle Kürzung ist nicht statthaft. Bei der Sozialhilfe z.B. oder bei der Jugendzahnpflege können wir CHF 1'000 budgetieren und CHF 100'000 ausgeben und niemand kann etwas sagen. Das im Gegensatz zu einer budgetierten Anschaffung z.B. von Mobiliar, wo das Budget nicht ohne Folgen überschritten werden kann. Wenn die SVP ihr Anliegen umsetzen will, so muss sie bei den einzelnen, gesetzlich nicht gebundenen Posten entsprechende Kürzungen beantragen oder aber das Budget zurückweisen, mit dem Auftrag, den Sachaufwand um x zu kürzen. Ob das Sinn macht muss bezweifelt werden, hat doch bereits die RPK (notabene mit 3 Mitgliedern der

SVP-Fraktion) in ihrem Bericht festgestellt, dass einzelne Kürzungen unseriös und ein Flickwerk wären. Ich bitte Sie auf das Budget einzutreten und im Detail zu beraten.

Eintreten

Mario Puppato: In den letzten Jahren wies unsere Gemeinde immer positive Rechnungsabschlüsse aus und das Eigenkapital wuchs auf rund 5 Millionen Franken an. Deswegen beantragte der Gemeinderat für das Budget 2010 auch eine Senkung des Steuerfusses um 1,8% des Staatssteuerbetrags. Nachdem es in der ersten Budget-Debatte nicht zu einer 2/3 Mehrheit reichte, ergriff die FDP deshalb im Januar 2010 die Initiative und verhandelte mit der SP. Wir fanden einen Kompromiss und die SP Fraktion willigte ein, so dass deren Fraktion schliesslich in der zweiten Budgetdebatte einer Senkung des Steuersatzes um 1% zustimmte. Somit wurde die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht. Wo stehen wir heute? Nach dem Vorliegen der Jahresrechnung 2009 waren wir zuversichtlich, die Steuern noch mehr zu senken, weil wir wiederum einen Rekordabschluss haben und sehr zuversichtlich, dass wir hierin eine Mehrheit für eine weitere Steuersenkung finden. Der hervorragende Rechnungsabschluss 2009 hatte aber dazu geführt, dass Pratteln 4 Millionen weniger horizontalen Finanzausgleich vom Kanton erhielt als budgetiert. Gott sei Dank sind unsere Steuereinnahmen höher ausgefallen als budgetiert, obwohl wir im Budget bereits erhöhte Steuereinnahmen erwartet haben und hoffen wir, dass die Rechnung 2010 wieder positiv abschliesst. Das Potential für eine Steuersenkung wäre also vorhanden, aber im Moment kommen noch Unsicherheiten dazu. Der Kanton befindet sich in einer finanziellen Schieflage und wir wissen nicht, auf was für Ideen er noch kommt, die Gemeinden zur Kasse zu bringen. Wir wissen auch nicht, ob die Steuererwartungen, wir nehmen an, dass es mehr sind, wirklich eintreffen und ich erinnere an die Worte, die ich Januar gesagt habe: „Die FDP wird sich, falls möglich, für weitere Steuersenkungen einsetzen, aber eine Steuererhöhung nicht verhindern, wenn es nötig ist und die Gemeinde in Schieflage kommt“. Im Moment sehen wir es eher positiv, aber das Fell des Bären sollte nicht verkauft werden, ehe man ihn erlegt hat! Die FDP sieht ein Potential für Steuersenkungen, möchte aber dieses Jahr abwarten und sehen, ob sich die Steuern weiterhin positiv entwickeln und, ob vom Kanton keine unerwarteten Überraschungen kommen. Darum möchten wir eine Ruhepause einlegen und den Steuersatz belassen. Noch höhere Steuereinnahmen werden dazu führen, dass der horizontale Finanzausgleich ganz wegfällt und die prekäre Finanzlage des Kantons noch nicht voraussehbare Konsequenzen für die Gemeinden haben könnte. Der Bericht der RPK zum Budget 2011 findet die volle Unterstützung der FDP Fraktion. Wir beantragen Eintreten und eine Änderung bei der Detailberatung, die jedoch erfolglos-unwirksam ist.

Stephan Ackermann: Auch von unserer Seite geht ein grosses Dankeschön an alle Personen, die am Budgetprozess involviert waren. Wie von meinen Vorrednern, insbesondere GR Max Hippenmeyer schon gesagt, sehen wir es auch so, dass die Rechnung vorsichtig budgetiert ist, was unsere Fraktion aus der heutigen Situation heraus sehr begrüsst. Faktoren, auf die wir als Gemeinde keinen Einfluss haben, sind gegenwärtig ziemlich unsicher: Finanzausgleich, Sozialkosten, Pensionskassenloch und Steuereinkünfte. Deshalb ist es aus unserer Sicht richtig, noch abzuwarten, wie sich die Lage weiter entwickelt, bevor wir an der Steuerfusssschraube drehen. Die Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung.

Christian Schäublin: Auch die SVP-Fraktion schliesst sich dem Dank an alle an, die beim Budget mitgeschafft und sich dafür eingesetzt haben, dass wir es rechtzeitig haben und es nun so in dieser Form vorliegt. Wir schliessen uns auch den Ausführungen der RPK an, die Roland Kuny vorhin präsentiert hat. Uns fällt vor allem der Finanzausgleich auf, der massiv eingebrochen ist und von dort nun viel weniger Mittel kommen. Weiter ist uns aufgefallen, dass der Sachaufwand deutlich gestiegen ist. Dies sind die beiden Faktoren, die uns aufgefallen sind. Wir haben 2 Budgetpostulate eingereicht und uns ist

auch bewusst, dass dies keine Budgetpostulate im eigentlichen Sinn sind. Wie es bereits Dieter Stohler gesagt hat, wollten wir damit dem Gemeinderat und dem Einwohnerrat die Möglichkeit bieten, sich mit diesen beiden Anträgen auseinander zu setzen. Darum haben wir dies in dieser Form schriftlich eingereicht, damit genügend Zeit zur Vorbereitung vorhanden ist. Wir von der SVP-Fraktion sind immer noch überzeugt, dass es für eine Steuersenkung Potential gibt. Das Budgetpostulat bezüglich Sachaufwand sollte zu Einsparungen führen, die wiederum eine Steuersenkung mit ermöglichen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten zum Budget 2011.

Kurt Lanz: Weil schon Viel gesagt wurde, kann ich mich relativ kurz fassen. Auch wir danken allen am Budgetprozess beteiligten Personen und auch der RPK. Diese erledigt einen grossen Auftrag für uns. Man stelle sich vor, wenn wir hier jeden einzelnen Posten untersuchen müssten und bis morgen Mittag dauern würde. Die Vertreter und Vertreterinnen der RPK und die Gemeinderäte haben uns an den Fraktionssitzungen zu den verschiedensten Fragen kompetent Auskunft gegeben und daher sind wir für Eintreten und Direktberatung. Mario Puppato hat es kurz angesprochen: Die SP-Fraktion stellt sicher keinen Antrag auf Steuersenkung und wird den der SVP auch nicht unterstützen, aber auch keinen Antrag auf Steuererhöhung stellen.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die Detailberatung

Lesung des Budgets 2011

Laufende Rechnung

Gelesen werden die einstelligen Titel der einzelnen fettgedruckten Budgetposten beginnend auf Seite 7 bis Seite 38 mit „942 Liegenschaften des FV“. Zu jedem einzelnen Budgetposten besteht Gelegenheit zur Wortmeldung. Aufgeführt werden hier nur die Budgetposten mit einer Wortmeldung.

Der Budgetantrag der SVP zum Sachaufwand bezieht sich auf den Budgetposten „0 Allgemeine Verwaltung 310 Büro-, Schulmat. Drucksachen“ und wird deshalb gleich zu Beginn der Lesung behandelt.

Christian Schäublin: Wir halten am Antrag fest und haben ihn soweit abgeändert, als der Gemeinderat ermächtigt ist, diese Kürzungen in seiner eigenen Kompetenz vorzunehmen. Wir halten daran fest, dass wir diesen Antrag zum gesamten Sachaufwand stellen und nicht für jedes einzelne Sachaufwandkonto einzelne Beträge angeben, wie es auch schon im Bericht der RPK erwähnt wurde.

Dieter Stohler erläutert den Antrag: „Die SVP-Fraktion beantragt, den Sachaufwand (Konto 31) auf CHF 13'300'000 (Stand Voranschlag 2010) zu reduzieren. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Kürzungen vorzunehmen, d. h. der Einwohnerrat beschliesst also das Total und der Gemeinderat kann dann selber die einzelnen Konten festlegen.“

GR Max Hippenmeyer: Ich habe vorhin probiert, die Gründe dazulegen, warum dies nicht geht: Es geht so nicht. Wir haben keine Grundlage für ein Globalbudget. Wo sollen wir bei diesen Konten kürzen? Wir haben x Konten im Sachaufwand und es ist nett, dass ihr ausnahmsweise dem Gemeinderat eine solche Kompetenz gebt, aber dies können wir nicht annehmen und daher bitte ich euch von Anfang an, den Antrag abzulehnen, weil er rechtlich nicht statthaft ist. Wir haben uns hier bei Herrn Schwörer, Rechtsdienst, erkundigt. In diesen CHF 13.3 Mio. sind so viele Posten enthalten, die wir ausgeben müssen, ob nun der Einwohnerrat etwas anderes beschliesst oder nicht. Ich wüsste beim besten Willen nicht, wo nun das Geld einzusparen ist Dies ist nicht durchführbar und lehnt den Antrag daher ab.

Urs Hess: Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat nicht Willens ist, das Budget entsprechend anzupassen. Wenn wir nun in der Rechnung 2009 nachschauen, so hatten wir einen totalen Sachaufwand von CHF 11.5 Mio. Man hat diesen im Budget 2010 mit CHF 13.3 Mio. budgetiert und nun sind es CHF 14.2 Mio. Man hat diesen Sachaufwand also massiv gesteigert. Wenn man ein gutes Jahr hatte, kommen Wünsche auf und „nice to have“ hält Einzug und darum denken wir, dass der hier vorliegende Vorschlag gut ist, statt zu jedem einzelnen Budgetposten einen Kürzungsbetrag haben. Wir haben auch überlegt, das Budget zurückzuweisen. Im Sachaufwand sind beispielsweise unter „Dienstleistungen und Honorare“ bereits die erste halbe Million. Ich denke, dies ist ein Weg, wie der Gemeinderat wieder auf Voranschlagshöhe des letzten Jahres den Sachaufwand budgetieren kann. Dies ist wirklich nicht viel, es sind CHF 900'000 und dies entspricht genau diesen 2 Steuerprozenten, die wir schlussendlich einsparen können. Es macht keinen Sinn, die einzelnen Posten abzuändern, sondern ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat die Übersicht hat, auch wenn kein Vertreter der SVP im Gemeinderat ist, gibt auch noch andere, die dies auch haben. Dann kann der Gemeinderat auch die richtigen Kürzungen anbringen. Darum bitte ich euch, den Antrag zu unterstützen.

Kurt Lanz: Für mich gibt es nicht nur den Grund, den GR Max Hippenmeyer erwähnt hat. Wenn es der Gemeinderat juristisch abgeklärt hat, wird es so sein. Für mich stellt sich die Frage, ob ich bereit bin, nicht Stellung nehmen zu können, wo etwas gestrichen wird. Vielleicht habe ich ja auch irgendwelche Prioritäten und möchte dies so nicht zur Hand hinaus geben. Man macht es sich zu einfach, wenn man generell sagt, wir wollen streichen, aber nicht sagt, wo. Die RPK besteht aus mehreren Personen der SVP und ich hätte dann erwartet, dass die RPK uns hier im Einwohnerrat vorschlägt, und wenn es 2 A4-Seiten gewesen wären, wo, warum und was zu streichen ist und wir hätten fundiert entscheiden können. Aber dem Gemeinderat grundsätzlich den Freipass zu geben, irgendwelche Millionen zu streichen -da wäre ich als Einwohnerrat verantwortungslos und könnte meinen Auftrag nicht richtig erfüllen. Daher bitte ich sie, den Antrag der SVP abzulehnen.

GR Max Hippenmeyer: Es geht so nicht, Urs Hess. Ich möchte den Vorwurf zurückweisen, dass wir einfach mehr budgetiert haben, weil es uns besser geht. Im Sachaufwand eine halbe Million: Wo sollen wir dies streichen? Habt ihr euch die Mühe genommen, wo dieser Betrag herkommt. Die RPK hat dies alles angeschaut und es sind x Konten sauber besprochen wurden. Ein Antrag, wie hier, ist unseriös und wir sollten sachlich bleiben. Um den Sachaufwand zu kürzen, gibt es nur eine Alternative: Antrag auf Rückweisung des Budget mit dem Auftrag, den Sachaufwand um einen bestimmten Betrag zu kürzen und nachher gibt es ein neues Budget. Alles andere geht nicht und falls es so beschlossen wird, mache ich Beschwerde.

Abstimmung zum Antrag „Sachaufwand“ der SVP-Fraktion

Der Rat beschliesst mit 28 Nein zu 11 Ja bei 1 Enthaltung:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betreffend Reduktion Sachaufwand (Konto 31) auf den Stand des Voranschlages 2010 und dem Gemeinderat die entsprechende Kompetenz zu erteilen, wird abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

Konto 020.312 Wasser, Energie, Heizmaterial

Patrick Freund: Wie wir sehen, ist der Aufwand neu mit CHF 60'9000 beziffert gegenüber dem Voranschlag 2010 mit CHF 58'7000. Wenn wir nun auf Seite 56 des Voranschlages wechseln, sehen wir auch, warum. Dort sind unter „xxx.312 Wasser, Energie,

Heizmaterial“ sämtliche Konten, in denen Wasser, Energie und Heizmaterial vorkommt, die Differenzen zum Voranschlag des letzten Jahres aufgelistet, die durch die Mehrkosten für den Ökostrom entstanden sind. Mit diesem Ökostrom, das wurde letztes Jahr diskutiert und auch so angenommen, möchte man aus unserer Sicht wahrscheinlich etwas für die Ökologie respektive die Umwelt machen. Bei genauerer Betrachtung haben wir bei der Elektra-Baselland nachgefragt, wie viele Ökostromkunden es in Pratteln gibt. Dies sind 232 Haushalte und wir sehen, dass es ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung ist, der dies von sich aus unterstützt. Aus diesem Grund entsteht ein Missverhältnis, was die Privaten zum Ökostrom beitragen gegenüber dem, was die Gemeinde beiträgt. Wenn man den Verwendungszweck bei der Elektra-Baselland nachschaut, stellt sich heraus, dass ein Teil der zusätzlichen Einnahmen für regionale Stromherstellung und ein anderer Teil für Umwelt- und Renaturierungsmassnahmen verwendet wird. Aus unserer Sicht finden wir die Grundidee, dass man ökologisch und haushälterisch mit der Energie umgeht, eine sehr gute Idee. Darum haben wir den Vorschlag, alle in xxx.312 enthaltenen Konten mit einer Gesamtsumme von CHF 53'460 zu entfernen und diesen Betrag direkt für den baulichen Unterhalt einzusetzen, der den Stromverbrauch reduzieren soll. So lässt sich unserer Umwelt in Pratteln direkt etwas Gutes tun. Dazu gibt es 2 Konten. Das Konto 869.314 auf S. 36 dient dem baulichen Unterhalt durch Dritte für Energiemassnahmen in Gemeindeliegenschaften. Wir würden diesem Konto die Hälfte, rund CHF 25'000 zusprechen, damit die Gemeinde die Möglichkeit erhält, nächstes Jahr direkt Massnahmen zu ergreifen, dass man künftig und nachhaltig weniger Energie verbrauchen kann und vielleicht hat dies noch einen finanziellen Effekt je nach Preisentwicklung. Grundsätzlich wird der Verbrauch reduziert. Das andere ist das Konto 869.366, das neu einzurichten ist. Wir haben noch eine Motion zur Förderung von Solaranlagen bei Privaten hängig, und würden die andere Hälfte dort deponieren. So entsteht ein zusätzlicher Anreiz für Private in Pratteln und die Energiesparmassnahmen können durchgeführt werden. So können wir grün handeln und nicht nur grünen Strom beziehen, sondern sehen, dass wir weniger Strom beziehen müssen. Dies ist unser Vorschlag bzw. Antrag. Er ist etwas kompliziert, aber man würde das Geld nicht erfolgswirksam streichen, sondern neu direkt für Energiesparmassnahmen verwenden.

Dieter Stohler fasst den Antrag von Patrick Freund zusammen: Die Posten auf Seite 56 im Totalbetrag von CHF 53'460, zusammengesetzt aus den dort aufgeführten 15 Einzelkonten sollen entsprechend reduziert werden und sind je hälftig auf das Konto 869.314 und das neu zu schaffende Konto 869.366 zu transferieren. Ein neues Konto zu einzurichten wäre ein Budgetpostulat gewesen, das man vor der Sitzung hätte einreichen müssen. Wenn der Einwohnerrat dies beschliesst, gilt es trotzdem.

Diskussion zum Antrag von Patrick Freund

Stefan Löw: Ich möchte den Gedanken im Detail aufzeigen, den wir bei der Beratung in unserer Fraktion hatten. Wir wollten in Pratteln einen direkten Nutzen generieren, in dem wir die Mittel direkt in Pratteln einsetzen und den Effekt der Energienutzung direkt sehen, sei dies als Sparmassnahmen beim Licht durch beispielsweise andere Lampen (Energiesparlampen), beim Heizsystem, bei den Duschen, beim Warmwasserverbrauch und im weiteren Bereich des Umweltschutzes, wo sich Energie sparen oder auf andere Weise nutzen lässt. Wir haben den direkten Nutzen in der Gemeinde, die Wirtschaftskraft bleibt in der Gemeinde und den Effekt, den wir der Bevölkerung zeigen, können wir 1:1 darlegen und einen Lerneffekt bewirken. Dies ist die Idee, die dahinter steht. Darum ist es ein grosses Anliegen, dem Antrag zu folgen und das Geld in der Gemeinde einzusetzen.

Kurt Lanz: Ich sehe das Problem, dass mit dem neuen Konto ein Budgetpostulat notwendig gewesen wäre, andererseits kann ich mich sehr mit der Idee der FDP anfreunden. Der Mehrwert bleibt tatsächlich in Pratteln und dies ist mir auch ein Anliegen. Wenn man sich überlegt, was anders wird, wenn man das Geld ausschliesslich im Konto 314

transferiert, sind wir uns dann sicher, dass wir Strom fördern und welche Absicht hatte der Gemeinderat? Wenn man energiesparende Massnahmen durchführt, muss man nicht gerade den Stromverbrauch fördern. Vielleicht war auch dies eine Absicht des Gemeinderates, aber grundsätzlich kann ich mich mit der Vorstellung der FDP anfreunden.

Stephan Ackermann: Die Einen machen ein Budgetpostulat und die Anderen nicht. Dies ist schade, denn dann könnte man zustimmen. Deshalb mein Vorschlag: Macht doch ein Postulat und wir können im Verlauf des Jahres darüber debattieren. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, um was es hier geht. Es geht darum, von wo der Strom kommt, aus welchen Quellen und dies war die Idee, die der Gemeinderat ins Spiel gebracht hat und darum würden wir nichts ändern, wenn wir das Budgetpostulat bzw. den Antrag der FDP umsetzen. Die sehr vernünftigen von der FDP aufgezählten Punkte sehe ich auch in einem Massnahmenkatalog der Energiestadt und ich erwarte, dass sich Pratteln in diese Richtung entwickelt; dass wir Investitionen in die Gebäudehülle und Heizsysteme machen, die genau diesen Standards entsprechen. Von da her frage ich mich „Tragen wir nicht Wasser in den Rhein?“, wenn wir nun Geld umschichten und aus den Augen verlieren, wo der Strom nun wirklich herkommt.

Urs Hess: Ich finde es eigenartig, als vorher die SVP einen Antrag gebracht hat, den Sachaufwand zu kürzen, damit wir unsere Ausgaben im Griff haben; nun kommt die FDP, macht noch nicht mal einen Budgetantrag und will ein neues Konto eröffnen. Dies geht von mir aus klar gemäss dem Reglement für den Einwohnerrat nicht und wir können dem Antrag in diesem Sinn nicht zustimmen. Wir haben uns auch überlegt, was machen wir mit dem Konto Ökostrom, sind aber davon ausgegangen, wenn man eine generelle Kürzung macht, könnte man auch eine Umschichtung hineinbringen. Ich muss aber klar sagen, eigenartigerweise wehrt sich der Gemeinderat nicht gegen dieses Nicht-Budgetpostulat und bei uns hiess es, man könne nicht generell reduzieren oder herausstreichen. Und hier soll es nun plötzlich gehen; dies finden wir sehr eigenartig und darum stehen wir nicht hinter diesem Vorgehen.

Stephan Löw: Wir reden nicht von einer Kürzung des Budgets, es geht rein um eine Umlagerung und dies ist etwas anders, als die SVP beantragt hat. Wir sehen eine etwas andere Nutzung vor und hoffen, dass die Unabhängigen und Grünen über ihren Schatten springen könnten und bei unserem Fehlverhalten „Budgetpostulat“ ein Auge zudrücken. Das Geld bleibt in der Gemeinde, wird weiterhin in demselben Sinn verwendet und nun die Faust im Sack zu machen, ist der falsche Moment. Denken wir an eine modernere Dusche im Erlennmattschulhaus beispielsweise, die nun eine viel grössere Effizienz hat und sowohl den Kindern als auch Erwachsenen und der Energie Nutzen bringen wird. Wir lassen das Geld in Pratteln und setzen es dort ein, wo wir einen direkten Nutzen spüren.

Patrick Freund: Ich sehe den Fehler mit den Budgetpostulat ein, spüre einen gewissen Widerstand dagegen, auch weil vorher bereits eine Diskussion in ähnlicher Richtung lief. Nicht gleich vom Inhalt her, aber vom Ablauf her, verstehe ich dies. Daher möchte ich den Antrag neu stellen und statt ein neues Konto zu eröffnen würde ich im Konto 869.314, wo Energiesparmassnahmen für die Gemeinde vorgesehen sind, den ganzen Betrag dorthin verschieben, so dass wir den Betrag nutzen können, Energiesparmassnahmen auf der Gemeinde zu treffen.

Kurt Lanz: Möglicherweise hat meine leichte Erkältung dazu geführt, dass ich auf einem Ohr nicht mehr gut höre. Das, was Urs Hess gesagt hat, ist ja das Umgekehrte, als der Gemeinderat erzählt hat. Der Gemeinderat hat gesagt, es ist nicht möglich, über das ganze Budget in einer bestimmten Kontoart zu streichen und hier geht es um 2 klare Konten, von denen der Gemeinderat gesagt hat, sagt bei jedem Konto, was ihr streichen wollt. Die beiden Konten sind bekannt und um diese beiden geht es und nicht mehr und nicht weniger.

GR Rolf Wehrli: Ich freue mich, wenn ich Geld erhalte für Sachen, die gar nicht budgetiert sind. Wir haben seinerzeit vor ungefähr 1 Jahr über „Strom ohne Atom“ diskutiert, es würde einer Energiestadt gut tun, wenn atomstromfrei Bezüge getätigt werden könnten. Wir sehen aber, dass es relativ teuer ist und gegenwärtig der Umwelt nichts bringt. Uns wäre lieber, man könnte bei den Gebäuden sparen (Konto 869.314): Sparlampen, Wärmedämmung CHF 22'000 und wir wären froh, wir könnten den Geldbetrag dazunehmen, dann könnten wir vorwärts machen. Bei einer Ablehnung würden wir etappenweise vorgehen, statt auf 1-mal zu realisieren. Zur Subventionierung der Solarstromanlagen (Motion der FDP): Ich habe einen Vorstoss im Gemeinderat gemacht, der nicht ganz auf den grossen Willen gestossen ist. Man wollte seinerzeit CHF 10'000 ins Budget aufnehmen, aber es ist sehr schwer abzuschätzen, wie viele Leute eine solche Solarstromanlage möchten und wie viele Anlagen es im „schlimmsten“ Fall sein könnten. Auch hier ist eine Nachfrage vorhanden und es gibt immer wieder Personen, die telefonieren oder mich persönlich fragen, wann machst du dort weiter und ich wäre froh, wenn ihr es auch so seht. So gesehen ist das, was heute passiert, lobenswert und auch für die Energiestadt notwendig. Punkte bringen in jedem Fall „Strom ohne Atom“ und auch die neue Situation durch den FDP-Vorstoss. Auch der Gemeinderat hat gesagt, wir überlassen es dem Einwohnerrat, ob er dem Ökostrom zustimmen will. Mir persönlich ist es egal, aber weil ich auch in der FDP bin, habe ich Sympathie für den FDP-Vorstoss.

Stephan Ackermann: Ich stehe der FDP nicht nach und kann mein Votum unabhängig vortragen. Ich finde gut, dass man vom Budgetpostulat losgekoppelt hat und nun kann ich die Hälfte dieser Sache unterstützen. Aus unserer Fraktionssicht macht es keinen Sinn, einen Streichungsantrag zu stellen, von wo der Strom kommt. Dies sind unterschiedliche Sachen. Wir wollen aufrecht halten, dass der Strom Ökostrom ist, es ja immer noch ein Mix und absolut sauberen Strom gibt es nicht, und so gesehen, geht es in die richtige Richtung. Wir machen beides. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates, wo der Strom herkommt und den Antrag der FDP, wo die CHF 53'000 investiert werden sollen. Man muss auch daran denken, dass wir Gelder im Voranschlag sprechen, die vielleicht gar nicht ausgegeben werden. Gerade auf dem Umweltschutzgebiet haben wir dies in den letzten Jahren gesehen. Dieses Risiko nehmen wir jedoch im Kauf.

Mario Puppato: Ich wollte mich zurückhalten; die meisten von euch wissen, warum. Ich war dabei, als die EBL beschlossen hat, wir machen einen Marketinggag mit dem Ökostrom. Ich habe vorhin 3 Mal gehört „Wir wollen Ökostrom beziehen“. Dies ist Unfug und Humbug: Der Strom kommt aus genau denselben Steckdosen und ist genau derselbe und kommt von der ATEL bzw. heute AXPO und aus Rheinfelden oder Augst und es wird kein Unterschied gemacht, ob wir nun mehr Geld dafür bezahlen oder nicht. EBL hat ein Konto eröffnet und hier einige Zahlen. In Pratteln haben wir 10'000 Haushalte und 232 machen mit und die EBL macht einfach höhere Preise und sonst nichts. Was die EBL in Sachen erneuerbare Energien sonst noch macht, ist ja grossartig und schweizweit führend. Die EBL engagiert sich sehr, gibt Millionen aus und erhält einige Batzen von diesen Haushalten. Der Strom ist genau derselbe. Wenn wir selber etwas machen können, wissen wir, dass es so gemacht wird und die EBL macht kein bisschen weniger, wenn wir dies streichen. Aber der Trick, den Stephan Ackermann probiert, dass wir einerseits sagen „Nein, wir behalten den Ökostrom und machen das andere trotzdem“, da machen wir nicht mit. Eine Budgeterhöhung wollten wir nicht, sondern, dass das Geld so eingesetzt wird, dass wir CHF 53'000 verschieben -so haben wir nicht gewettet.

Fredi Wiesner: Mario Puppato hat schon fast alles gesagt, woher der Strom kommt, wie er erzeugt wird usw. und wir könnten hier den ganzen Abend darüber diskutieren. Ökostrom kann, wenn er wirklich will, jeder einkaufen, in dem er mehr dorthin bezahlt, wo er den Strom bezieht. Dort ist der Stromlieferant verpflichtet, Ökostrom einzukaufen und zu liefern. Dies ist sehr schwer nachvollziehbar. Wenn wir die Tendenz anschauen, wie viele Haushaltungen Ökostrom beziehen und die Gemeinden meinen dies auch und der Kanton ebenfalls -schlussendlich sind es die Steuerzahler, die dies bezahlen. Am

Schluss frage ich mich, wenn der Betrag so hoch ist, weil das, was durch Ökostrom erzeugt wird, gemessen am ganzen Stromverbrauch ein sehr kleiner Anteil ist, ist die Frage, ob wir überhaupt so viel erzeugen können, wie wir bezahlen. Darum muss man hier sagen: Diejenigen, die dies wollen, sollen es bezahlen, aber nicht die Gemeinde, denn schlussendlich bezahlen auch wir es. Wir wären dafür, dies zu streichen, ich persönlich finde den Vorschlag der FDP gut, diesen Betrag nicht einfach zu streichen, sondern anderweitig fürs Stromsparen einzusetzen. Und wenn schon etwas gemacht werden muss, ist dies sicher der sinnvollere Weg, als Geld zu geben und nicht zu wissen, was mit dem Geld passiert.

Dieter Stohler erläutert den geänderten Antrag von Patrick Freund, FDP: Es handelt sich um eine bewusste Reduktion der 15 Konten auf S. 56, zusammengefasst unter dem Konto xxx.312, die dem Konto 869.314 für Energiesparmassnahmen zugewiesen werden. **Dieter Stohler** schlägt eine Abstimmung über diesen Konten- bzw. Geldtransfer vor. Der Rat ist stillschweigend mit diesem Vorgehen einverstanden.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Freund, FDP

Der Rat beschliesst auf Antrag von Patrick Freund, FDP, mit 30 Ja zu 8 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Bei den im Voranschlag 2011 auf Seite 56 unter „xxx.312 Wasser, Energie, Heizmaterial“ aufgeführten 15 Konten mit einem Total von CHF 53'460 für Ökostrom wird das jeweilige Einzelkonto um den dort aufgeführten Betrag reduziert und die Mittel neu dem Konto 869.314 für Energiesparmassnahmen zugewiesen.

Fortsetzung der Lesung

Konto 620.314 Baul. Unterhalt durch Dritte

Roland Kuny als Präsident der RPK: Die RPK stellt den Antrag, im Konto 620.314 „Baul. Unterhalt durch Dritte“ den Aufwand um CHF 60'000 zu verringern. Budgetiert ist eine Tempop-30-Zone, ohne dass ein Gesamtkonzept vorliegt.

GR Rolf Wehrli: Ich kann noch nicht abschliessend Stellung nehmen, weil ich noch Fragen habe. Was ist ein genehmigtes Gesamtkonzept? Ist die ganze Gemeinde gemeint, das Quartier, die Hälfte der Gemeinde? Ist die Begründung zur Streichung durch die RPK, dass zuerst ein Gesamtkonzept zu diesem Quartier vorliegen muss und der Gemeinderat soll dem Einwohnerrat einen Antrag für ein Gesamtkonzept stellen und den Betrag dann sprechen? Dann würde der Einwohnerrat besser eine Vorlage verlangen und der Betrag durch eine Vorlage freigesprochen.

Roland Kuny teilt mit, dass dieser Betrag aus dem Budget gestrichen werden soll.

Abstimmung über den Antrag der RPK

Der Rat beschliesst mit 26 Ja zu 13 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Die im Konto 620.314 für Tempo 30 Kirschgarten enthaltenen CHF 60'000 werden aus dem Voranschlag gestrichen.

Fortsetzung der Lesung

Konto 942.314 Baul. Unterhalt durch Dritte

GR Max Hippenmeyer: Hier hat uns die Zeit bereits eingeholt. Wir wollten im Restaurant „Zum Park“ die Geschirrspülmaschine erst im Januar 2011 ersetzen -ein weiterer Beweis, dass wir haushälterisch mit den Mitteln umgehen- aber leider ist die Maschine schon vor 14 Tagen defekt gegangen und musste dringend ersetzt werden. Darum wurde dieser Betrag in Eigenkompetenz gesprochen und dementsprechend ist dieser Betrag von CHF 10'000 nun im Budget zu streichen.

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates

Der Rat beschliesst einstimmig auf Antrag des Gemeinderates:

://: Die im Konto 942.314 vorgesehenen CHF 10'000 für den Ersatz der Geschirrspülmaschine des Restaurants Zum Park werden aus dem Voranschlag 2011 gestrichen.

Investitionen

Zur Investitionsrechnung gibt es keine Wortmeldungen

Anträge 5.1 bis 5.8 der RPK unter dem Titel „7. Genehmigung des Voranschlages 2011“

5.1 Genehmigung Voranschlag 2011

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Der Voranschlag für das Jahr 2011 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 12'663.00 genehmigt.

5.2 Investitionsrechnung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Die Investitionsrechnung wird genehmigt.

- Für Strassen, Werk- und Energieleitungen werden die Ausgaben bis CHF 1'000'000.00 sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000.00 je Einzelfall ohne Sondervorlagen, mit dem Budget bewilligt.
- Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

5.3 Gemeindesteuersätze

GR Max Hippenmeyer: Die Neuordnung des Finanzausgleichs per 1.1.2010 führte zu grossen Budgetabweichungen und entsprechenden Diskussionen, vor allem bei den Gebergemeinden. Auch Pratteln wurde massiv betroffen. Wir müssen zwar nicht mehr bezahlen, bekommen aber weniger und zwar rund 4,3 Mio. Franken. Wir reden hier nur über den Finanzausgleich und nicht über Sonderlastenabgeltung für Soziales, Bildung usw. Die Systematik des horizontalen Finanzausgleichs ist im Prinzip richtig, aber das Jahr 2009 war ein Aussergewöhnliches und so nicht voraussehbar. Momentan wird über Anpassungen nachgedacht, insbesondere über eine Begrenzung des Ausschüttungssatzes oder des Ausgleichsniveaus in ausserordentlichen Situationen. Somit sind die Auswirkungen speziell auch für Pratteln in die Zukunft in der Schwebe. Grundsätzlich kann man aber davon ausgehen, dass bei uns die höheren Steuereinnahmen eins zu eins kompensiert werden mit einem tieferen Finanzausgleich, der sogar mittelfristig ganz wegfallen könnte. Aber nebenbei bemerkt: Es kann ja nicht der Anspruch einer Gemeinde wie Pratteln sein, vom Finanzausgleich abhängig zu sein. Weil wir wie gesagt ein Loch von CHF 4,3 Mio. haben werden in der Rechnung 2010 gegenüber dem Budget, ist es angezeigt, das Resultat abzuwarten. Ausserdem stehen grossen Investitionsvorhaben an, die uns zwar nicht in den Ruin treiben werden, aber trotzdem zu einer gewissen Vorsicht mahnen. Diese 2 Faktoren haben den Gemeinderat veranlasst, das Legislaturziel „Ausgeglichene Budgets“ höher zu gewichten als eine Steuersenkung. Deshalb möchte der Gemeinderat den Steuerfuss für natürliche Personen mindestens für das kommende Jahr auf dem jetzigen Niveau belassen. Selbstverständlich werden wir die Situation bei weiterhin positiver Entwicklung der Wirtschaftslage im Allgemeinen und unserer Finanzlage im Speziellen nächstes Jahr neu beurteilen. Immerhin werden die Einwohnerinnen und Einwohner durch eine Senkung der Abfallgebühren etwas entlastet. Ich bitte Sie, das Begehren SVP um eine Steuersenkung abzulehnen und dem Antrag des Gemeinderates und der RPK zuzustimmen.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion hält trotz vorheriger Ablehnung bezüglich Reduktion des Sachaufwandes an diesem Antrag zur Steuersenkung fest, weil wir der Meinung sind, dass trotz der Nichtkürzung beim Sachaufwand 2% Steuersenkung immer noch verkräftbar und richtig ist. Sie haben alle das Postulat erhalten und die Situation ist immer noch sehr gut und immer noch Potential auch bei den Steuereinnahmen vorhanden. Wir haben einen hohen Steuersatz und wir denken, dass es nun an der Zeit ist, den Steuersatz zu senken. Es heisst immer „schauen wir im nächsten Jahr“ und immer wieder im nächsten Jahr und dieses Hinhalten ist nicht in unserem Sinn. 2 Prozent Steuersenkung ist nicht zu viel.

Bruno Baumann: Bei dieser Steuersenkung kann die SP wirklich nicht mitmachen. Warum? Es gibt viele Gründe. Ein Grund wurde bereits vom GR Max Hippenmeyer gesagt und von Mario Puppato ebenfalls erwähnt. Zwei weitere Gründe möchte ich hier noch zusätzlich anfügen: Bedenkt, dass ab 2. April 2011 die Abstimmung über ALK (Arbeitslosenklasse) wirksam wird, d. h. dass auf einen Schlag Zehntausende von Leuten in die Sozialhilfe wechseln, weil sie nicht mehr Arbeitslosengeld beziehen. Klar und zum grossen Glück sind diese Personen nicht alle auf der Gemeinde Pratteln. Damit möchte ich sagen, dass es verheerend wäre, wenn man die Steuern in der jetzigen Situation senken würde, in der es mit der Wirtschaft gar nicht so gut steht, obwohl immer andere Prognosen gemacht werden, die ich jedoch immer anders erlebe. Der zweite Grund, warum wir nicht zustimmen können, ist die neue Pflegeversicherung, über die wir erst am letzten Donnerstag im Landrat abgestimmt haben. Hier wissen wir noch nicht einmal genau, was auf die Gemeinde zukommt, das einzige was wir wissen ist, dass die Krankenkassen wissen, wie viel sie zahlen müssen und alles andere ist noch offen und ich befürchte, dass hier noch Etliches an finanziellen Umlagerungen auf die Gemeinde zukommt, was uns noch in ein Minus stürzen wird. Darum, Kolleginnen und Kollegen, mache ich euch beliebt, dem Budgetpostulat der SVP nicht zuzustimmen. Wir von der SP lehnen es klar ab.

Mario Puppato: Bereits bei der Eintretensdebatte habe ich die Haltung der FDP erklärt. Jetzt muss ich Bruno Baumann Antwort geben: Wir sagen dieses Jahr auch Nein, aber so schwarz malen wie du machen wir nicht. Es gibt genau so viele Gründe zu sagen „Es wird besser“. Es wird sich vielleicht ausgleichen, aber so wie du gesagt hast, müssen wir befürchten, dass wir die Steuern nächstes Jahr erhöhen müssten. Wir glauben jedoch ans Gegenteil und hoffen, dass wir im nächsten Jahr vernünftig verhandeln können, um eine Senkung zu erreichen. Die Sachen, die du erwähnt hast, sind einfach Unsicherheiten. Und weil es Unsicherheiten sind, wie hoch die Belastungen für uns sein werden, wie viel ausgleichen wird, haben wir gesagt „Es sind zu viele Ungewissheiten hierin und warten wir ab“. Wir werden hoffentlich, wenn wir in der RPK das nächste Budget beraten, von Bernhard Stöcklin schon wissen, wie es aussehen könnte und wissen dann, wie hoch der Finanzausgleich war und wie viel Steuern eingenommen wurden. Dann haben wir Unterlagen zu entscheiden. So schwarz sehen wir aber nicht und hoffen, dass aufgeschoben nicht aufgehoben ist.

Urs Hess: Für mich ist klar, dass man nun ein Zeichen mit einer Steuersenkung setzen muss. Mario Puppato hat vorhin gesagt, wir denken es würde besser. Ich muss euch klar den Spiegel vorhalten: Ihr habt hierin ein Budget beschlossen, wo der Sachaufwand seit 2009 massiv gestiegen ist und ins uferlose weiter steigen soll. Ihr seid mit verantwortlich, dadurch, dass ihr das Budget nicht abgelehnt habt, sodass wir die Steuern nicht senken können. Wir haben einen sehr hohen Steuerfuss und es würde uns gut anstehen, den Gürtel etwas enger zu schnallen und die Einnahmen beschränken, damit die Ausgaben auf ein Mass beschränkt werden, das wir wieder ertragen können. Darum bitte ich, dass ihr unseren Antrag unterstützt und bei der Steuersenkung mitmacht.

Abstimmung über den Antrag von Christian Schäublin, SVP, zur Steuersenkung

://: Der Antrag der SVP-Fraktion auf eine Steuersenkung von 2% wird mit 27 Nein zu 12 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates

a Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: **Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen** wird auf **62.8% des Staatssteuerbetrages** festgesetzt (unverändert).

5.3 Gemeindesteuersätze

b Der Rat beschliesst einstimmig:

://: **Die Ertragssteuer für juristische Personen** wird auf **4.95% des steuerbaren Ertrages** festgesetzt (unverändert).

c Der Rat beschliesst mit grossem Mehr unter Einhaltung der Zweidrittelmehrheit:

://: **Die Kapitalsteuer juristischer Personen** wird auf **2.75‰** festgesetzt (bisher 3.5‰).

5.4 Feuerwehrpflichtersatz

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: **Feuerwehrpflichtersatz: 10.0% des Gemeindesteuerbetrages**, mindestens aber CHF 60.00 (unverändert).

5.5. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird unverändert kein Rabatt gewährt.

5.6 Festsetzung Hauskehr-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Gebührensäcke, Sperrgutmarken u. Containergebühren (inkl. MWST 8.0%)
unverändert ab 1.7.2011

a) Gebührensäcke nach Volumen

17 Liter, maximal 3 kg	CHF	1.25	1.10	(-.15 günstiger)
35 Liter, maximal 6 kg	CHF	2.50	2.20	(-.30 günstiger)
60 Liter, maximal 12 kg	CHF	5.00	4.40	(-.60 günstiger)
110 Liter, maximal 18 kg	CHF	7.50	6.60	(-.90 günstiger)

b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht

(Kleinsperrgut bis 50x50x100 cm pro Stück, grösser gilt als Grobsperrgut)
pro 6 kg 1 Gebührenmarke CHF 2.50 2.20 (-.30 günstiger)

c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht

pro Leerung	CHF	19.90	16.75	(3.15 günstiger)
pro Kilogramm	CHF	0.258	0.259	(erhöhte MWST)

d) Häckseldienst

		ab	1.1.2011	
Grundgebühr bis 5 Minuten	CHF	25.00		
Grundgebühr bis 10 Minuten	CHF	50.00		
ab 11. Minute	CHF	4.00	pro Minute	

e) Container für Grüngut

		ab	1.1.2011	
120 Liter-Container	CHF	78.00		
240 Liter-Container	CHF	148.00		
770 Liter-Container	CHF	448.00		

5.7 Festsetzung der Nachtparkgebühr

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Nachtparkgebühr wird auf CHF 40.00 pro Monat festgesetzt (unverändert).

5.8 Teuerungsausgleich

Der Rat beschliesst mit grossen Mehr:

://: Es wird keine Teuerungszulage gewährt.

Dieter Stohler dankt der RPK für die gute Vorbereitung und dem Rat für die faire Diskussion.

Kurt Lanz stellt eine Frage zu P. 8 „Prüfung der Gemeinderechnung“ im Anschluss an die Anträge der RPK: Bis anhin hat sich der Einwohnerrat offiziell einverstanden erklärt mit der Gesellschaft, die die Rechnungsprüfung macht. In diesem Sinn habe ich an die RPK folgende Frage: Ist es geplant, dass sich die RPK Gedanken macht, wieder eine andere Gesellschaft für die Prüfung beizuziehen? Wenn Ja, wann, wenn nein, warum hat man sich dies nicht überlegt?

Roland Kuny: Die RPK hatte die Auswahl eines anderen Revisionsbüros auf der Pendenzenliste. Wir haben jedoch beschlossen, weil nächstes Jahr HRM2 eingeführt wird, die Firma ROD beizubehalten, weil diese die Gemeindeabläufe kennt. Wir werden dieses Anliegen jedoch nächstes oder übernächstes Jahr wieder auf die Pendenzenliste nehmen.

Geschäft Nr. 2695

Finanzplan 2011 - 2015

Aktenhinweis

- Finanzplan 2011 – 2015
- Bericht der RPK zu Finanzplan 2011 – 2015 vom 25. November 2010

Roland Kuny als Präsident RPK: Finanzplan und Bericht wurden nachversandt. Der Finanzplan hätte mit dem Programm Hisoft erstellt werden sollen. Wegen technischer Probleme mit der Software ist dies nicht termingerecht gelungen. Der Finanzplan wurde dann, wie im letzten Jahr, durch die Firma ROD erstellt. Der Finanzplan wurde uns am 24. November vom Abteilungsleiter Finanzen, Herrn Bernhard Stöcklin, vorgestellt und bereits am 25. November war der Bericht der RPK fertig. Wir danken Herrn Stöcklin. Er hat uns bei Unklarheiten weiter geholfen. Der Finanzplan ist sehr ähnlich wie derjenige des letzten Jahres. Zahlen und getroffenen Annahmen der laufenden Rechnung scheinen realistisch und externe Faktoren sind in der Planung berücksichtigt. Ab dem Jahr 2013 reduzieren sich die Abschreibungssätze. Das Investitionsprogramm wurde um 30% gekürzt. Die RPK ist immer noch der Meinung, dass dies nicht sehr schön gelöst ist. Schlussendlich bildet dies jedoch realistisch ab. In den letzten Jahren wurden immer zwischen 20 und 40% der Investitionen nicht realisiert. Da der Finanzplan ein Planungsinstrument für den Gemeinderat ist und für uns keinen verbindlichen Charakter hat, beantragt die RPK, den Finanzplan zu genehmigen.

GR Max Hippenmeyer: Entschuldigung für die Verspätung beim Erstellen und Versenden des Finanzplanes; dies war höhere Gewalt. Ich danke der RPK für ihren sachlichen Bericht und insbesondere ihre Schlussfolgerungen, die die Problematik der Finanzplanung im öffentlichen Sektor auf den Punkt bringen. Solange eine verbindliche Aufgabenplanung fehlt, kann auch keine verbindliche Finanzplanung erstellt werden. Ziel und Zweck des vorliegenden Finanzplans ist es, die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen, wenn alle Investitionsvorhaben gemäss Investitionsplan umgesetzt werden. So quasi ein „worst case“ Szenario. Eine Priorisierung der einzelnen Vorhaben liegt aus verschiedenen Gründen nicht in den Händen des Gemeinderates. Wir haben aber durchaus unsere

Vorstellungen und die sind im Investitionsplan und dementsprechend dann auch im Finanzplan abgebildet. Ich denke, wir können uns eine Wiederholung der vergangenen, unfruchtbaren Diskussionen ersparen und ich bitte Sie, den Finanzplan -hoffentlich zum letzten Mal- genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

Eintreten

Mario Puppato: Die FDP-Fraktion steht voll hinter dem Bericht der RPK. Auch wir sind der Meinung, dass es toll wäre, wenn jede einzelne Investition mit einer Wahrscheinlichkeit bezeichnet würde -dies bringt aber nicht mehr und stellt eine Scheingenaugigkeit dar. Dies hat auch die RPK geschrieben. Wir hoffen, es ist das letzte Mal, dass wir darüber abstimmen müssen. Die FDP-Fraktion schliesst sich dem Bericht der RPK an und empfiehlt Direktberatung.

Stephan Ackermann: Vielleicht ist diese Genehmigung die letzte. Es ist trotzdem so, dass wir nicht mit dem vorliegenden Finanzplan zufrieden sind. Wir haben dies das letzte und auch vorletzte Jahr schon sagen müssen. Wir stellen fest, dass dieses Papier ja nur ein „Planungsinstrument“ für den Gemeinderat ist. Da erwarten wir mehr. Überrascht, erfreut, erstaunt sind wir über die Leistungsfähigkeit der RPK, die innerhalb von 48 Stunden den Bericht erarbeitet hat. Eventuell zeigt dies auch, was für einen Stellenwert der gemeinderätliche Finanzplan für die RPK hat. Der Investitionsberg ist riesig und mit dem vorgelegten Finanzplanhorizont nicht realisierbar. Wir wünschen vom Gemeinderat eine Festlegung der Prioritäten aus seiner Sicht. Er weiss ja, dass nicht alles umsetzbar ist, aber was aus Sicht Gemeinderat die höchste Priorität hat und nicht einfach ein Pauschalabzug von 30%. Unter der Führung von Regierungsrat Balmer hat uns der Kanton gezeigt, wohin ein solches Vorgehen führt: Über kurz oder lang zu roten Zahlen und dies wollen wir in Pratteln verhindern.

Kurt Lanz: Auch die SP-Fraktion dankt sowohl dem Gemeinderat als auch der Verwaltung und der RPK für das Bearbeiten des Finanzplanes. Wie alle wissen, bin ich ein Freund dieses Finanzplanes. Er zeigt weiter in die Zukunft als das Budget geht und daher weiter vorausschauend. Ich freue mich, dass ich diesen Finanzplan noch einmal genehmigen darf und hoffe, dass er dann nicht an Wichtigkeit und Stellenwert verliert. Ich bin froh, wenn wir etwas mehr als nur 1 Budgetjahr in die Zukunft blicken.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion steht voll hinter den Ausführungen der RPK und wir freuen uns auf die letzte Abstimmung.

Zur Detailberatung gibt es keine Wortmeldungen und es folgt die Abstimmung über den Antrag der RPK

Der Rat beschliesst mit 38 Ja zu 1 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Der Finanzplan Einwohnergemeinde und die Finanzpläne Spezialfinanzierungen (Gemeinschaftsantennenanlage, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) 2011 - 2015 werden genehmigt.

Geschäft Nr. 2690

Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend "Umweltbelastung bei der ehemaligen Metallum in Pratteln"

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend "Umweltbelastung bei der ehemaligen Metallum in Pratteln" vom 15. Oktober 2010

GR Felix Knöpfel: Frage 1: *Hat der Gemeinderat Kenntnis vom Rückbau der Anlagen bei der ehemaligen Metallum AG in Pratteln?* Ja, der Gemeinderat hat Kenntnis vom teilweisen Rückbau. Der Rückbau der Anlagen ist fach- und umweltgerecht nach einem vom Amt für Umweltschutz BL und dem Lufthygieneamt Beider Basel genehmigten Rückbaukonzept erfolgt. Die Beprobung, Analytik und Entsorgung der Abfälle erfolgt durch ein Speziallabor. Diese Antwort, ich habe sie hochdeutsch vorgelesen, kommt vom Kanton, weil Altlasten dem Kanton unterstellt sind und die Gemeinde nichts zu sagen hat. Darum auch die weiteren Antworten in Hochdeutsch. Frage 2: *Hat der Gemeinderat Kenntnis von den latenten Umweltbelastungen des Bodens bei der ehemaligen Firma Metallum AG in Pratteln und was unternimmt er dagegen?* Ja, der Gemeinderat wurde in Kenntnis gesetzt. Der Betriebsstandort der ehemaligen Metallum AG ist bezüglich altlastenrechtlicher Beurteilung in Bearbeitung. Die Eigentümerin hat, wie im Altlastenrecht vorgesehen, die notwendigen Schritte eingeleitet. Frage 3: *Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass, falls der Boden tatsächlich mit Schwermetallen belastet ist, dieser auf Kosten der Firma fachmännisch saniert werden muss, hatte oder hat er diesbezüglich mit der Firma Kontakt aufgenommen?* Für die Kosten einer allfälligen Sanierung nach Altlastenrecht muss der Verursacher gemäss Umweltschutzgesetz Art. 32d aufkommen. Falls der Verursacher nicht mehr greifbar oder zahlungsunfähig wäre, müssten gemäss Altlastenrecht der Kanton Basel-Landschaft und der Bund die Kosten übernehmen. Frage 4: *Ist der Gemeinderat ebenfalls der Meinung, dass erst nach einer fachmännischen Abklärung und Sanierung des Bodens durch die Firma ein neuer Teerbelag aufgezogen werden darf? Wenn ja, wird der Gemeinderat die Sanierung des Bodens überwachen?* Der Teerbelag im Bereich der Bodenwanne des ehemaligen Gebäudewürfels wurde vom Amt für Umweltschutz verlangt, um bis zum Sanierungsentscheid eine mögliche Verlagerung von Schadstoffen aus der Bodenwanne im Gebäude durch Meteorwasser zu verhindern. Frage 5: *Wird der Gemeinderat ein Gutachten von der Firma verlangen welches belegt, dass der Boden keine Rückstände von Schwermetallen mehr aufweist, damit die Gemeinde nicht später auf dieser Umweltbelastung sitzen bleibt?* Für die Überwachung und den Umfang des Rückbaues ist die kantonale Fachstelle (Amt für Umweltschutz) zuständig. Die Gemeinde bleibt somit nicht auf einer späteren Umweltbelastung sitzen. Die Sanierung ist mit der noch nicht abgeschlossenen Untersuchung zu belegen.

GR Felix Knöpfel: Dies sind die Antworten, die wir von Herr Alberto Isenburg erhalten haben und mehr kann ich nicht dazu sagen.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2697

Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend "Gefährliche chemische Stoffe im dicht besiedelten Pratteln"

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend "Gefährliche chemische Stoffe im dicht besiedelten Pratteln" vom 25. Oktober 2010

GR Felix Knöpfel: Leider gibt es heute Abend keine Antwort. Eine Interpellation sollte in der Regel an der nächsten Sitzung beantwortet werden und wir haben gehofft, die Stellungnahme des Kantons zu erhalten. Konkret ist ja der Kanton zuständig und das Sicherheitsinspektorat muss beantworten. Bis am letzten Freitag, den 10. Dezember, ist diese Stellungnahme jedoch nicht reingetroffen. Genau dieselbe Anfrage mit (fast) demselben Wortlaut von Philipp Schoch ist im Landrat hängig und der Kanton ist der Meinung, er beantworte beide Anfragen gleichzeitig. In einem Mail heisst es: „Die Stellungnahme der kantonalen Fachstelle zu den gestellten Fragen ist bis Freitag den 10.12. noch nicht eingetroffen. Das zuständige Sicherheitsinspektorat ist ebenfalls an der Beantwortung einer gleichlautenden Interpellation beim Landrat und wird deshalb nach mündlicher Auskunft erst später die Antworten liefern können.“ Es gilt also zu warten. Ich habe gehört, dass im Landrat rund 400 Vorstösse anstehen und es könnte sogar nächsten Sommer werden, bis wir die Antwort haben.

Diskussion (auf Verlangen von Dominique Holenstein)

Dominique Holenstein: Natürlich ist die Antwort ausstehend, was ich bedaure, verstehe aber auch, da es ein recht umfangreiches Fragenpaket ist. Hier macht eine seriöse Beantwortung durch den Kanton auch Sinn. Ich weise jedoch darauf hin, dass die beiden letzten Fragen den Gemeinderat angehen und mit diesen Fragen kann sich der Gemeinderat unabhängig vom Kanton befassen und hier möchte ich nicht bis nächsten Sommer warten. Zu diesen beiden Punkten kann sich der Gemeinderat konkret Gedanken machen und die entsprechenden Antworten dazu geben. Ich beantrage, dass die Antworten, sobald sie vorliegen, auch in schriftlicher Form dem Einwohnerrat mitgeteilt werden.

Urs Hess: Ich hätte vom Gemeinderat erwartet, dass er das Traktandum absetzen lässt, wenn keine Antworten vorliegen und dass eine Mitteilung an den Interpellanten macht, dass die Antworten später kommen.

Dieter Stohler: Wir nehmen diese beiden Voten auf und der Interpellant hat noch ein Anrecht auf Antworten.

Geschäft Nr. 2699

Postulat der FDP-Fraktion, Patrick Freund, betreffend "Zu den Ausbauplänen der SBB in Pratteln"

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Patrick Freund, betreffend "Zu den Ausbauplänen der SBB in Pratteln" vom 22. November 2010

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat würde dieses Postulat entgegen nehmen. Wir sind noch nicht so weit, dass wir gerade jetzt antworten können, weil es noch einige Abklärungen mit den SBB und dem Kanton braucht.

Diskussion zum Postulat

Patrick Freund: Die etwas verwirrende Diskussion vor 2 Sitzungen ist uns allen noch im Kopf. Daher haben wir von der FDP-Fraktion mit diesem Postulat dem Gemeinderat und Einwohnerrat ein Werkzeug in die Hand geben wollen, dass wir künftig wissen, in welche Richtung der Gemeinderat gehen will und Was er prüfen und berichten muss. Entsprechend haben wir die Möglichkeit, diese Informationen zu erhalten. Grundsätzlich haben wir nichts gegen einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Im Gegenteil; dies ist eine gute Sache. Wir wissen aber auch, dass Pratteln eine Schlüsselrolle in der Nord-Süd-Transitachse in Europa hat (nicht nur in der Schweiz). Dies gilt sowohl für den Personens als auch Güterverkehr. Das Postulat zielt weder in die eine noch in die andere Richtung. Das Postulat will grundsätzlich, dass bestehende Projekte, die schon auf der Gemeinde vorhanden sind, nicht gefährdet und dass Arbeitsplätze, anliegend an den vorhandenen Gleisen, auch nicht plötzlich gefährdet sind. Man hat Einiges gehört und wir wissen nicht so genau Bescheid und daher wollen wir, dass der Gemeinderat prüft und darüber berichtet. Das Postulat zielt also darauf ab, dass man sagt, wir wollen eine verträgliche aber auch nachhaltige Förderung des öffentlichen Verkehrs. Wir wollen eine proaktive Kommunikation und da soll der Gemeinderat auch gegenüber dem Einwohnerrat Stellung nehmen, wenn er etwas weiss -dafür ist das Postulat da. Wir hoffen so, dass die Zusammenarbeit auf allen Ebenen von Bund, Kanton, Gemeinde und SBB als Logistikdienstleister im Personen- und Güterverkehr in Zukunft etwas geordneter stattfinden kann. Ich bitte somit inbrünstig, diesem Postulat zuzustimmen, damit wir wissen, was passiert.

Patrick Weisskopf: Auch die Fraktion der Unabhängigen hat das Postulat eingehend diskutiert. Dabei sind wir zu dem Schluss gekommen, dass es sich inhaltlich nicht um ein Postulat handelt. Es steht ja nicht von Prüfen und Berichten darin; es handelt sich fast um eine Resolution, also eine Meinungsäusserung des Einwohnerrates zu einem wichtigen Ereignis. Wir stimmen aber überein, dass eine offene Kommunikation stattfinden muss und haben probiert, uns inhaltlich schlau zu machen, was passiert ist. Mit dem aktuellen Stand der Informationen sind wir nicht zufrieden. Kommunikation hat bis jetzt mehr oder weniger über die Medien stattgefunden und inhaltlich wissen wir immer noch nicht genau, was für Varianten besprochen und ob nicht Varianten vermischt wurden. Eine Nachfrage bei der SBB-Infrastruktur hat ergeben, dass die Kommunikation der Details dieses Projektes über die Gemeindeverwaltung zu erfolgen hat oder über das kantonale Amt für Raumplanung, Abteilung öffentlicher Verkehr. Wir haben bei beiden nachgefragt, auch bei der Gemeindeverwaltung und beim Amt für öffentlichen Verkehr und leider wurden wir bei beiden etwas abgewiesen. D. h. vom Amt für Raumplanung haben wir eine Antwort erhalten mit dem Inhalt, dass dies verfügbare Grosspläne seien mit geometrischen Lösungsansätzen, was immer dies heisst. Nun haben wir eine Zwangslage. Wir möchten mehr Informationen, aber dieses Postulat entspricht nicht dem, was wir wollen. Wir würden uns freuen, wenn wir vom Gemeinderat mehr Information erhalten würden mit gezielten Fragen. Darum sind wir für eine Nichtüberweisung dieses Postulates.

GP Beat Stingelin: Zu Patrick Weisskopf. Du hast auf die Gemeinde ein Mail geschickt. Am Schluss war es bei mir und ich habe dir Antwort gegeben, dass ich keine Antwort geben kann, wie es bei der GPK diskutiert wurde. Wenn die GPK uns etwas fragt, halten wir still und werden nicht jemand Anderem Auskunft geben, damit wir wieder angefahren werden, wir hätten etwas gesagt, dass wir nicht hätten sagen dürfen. So geht es nicht. Man kann nicht hintenherum gehen. Ich habe in der Antwort geschrieben, man solle die GPK-Kollegen fragen, wenn man etwas wissen will. Wir können und dürfen bei hängigen Geschäften keine Auskunft geben. Dies ist am letzten Dienstag passiert und wenn du etwas wissen willst, kannst du in deiner Fraktion fragen, sonst sind wir wieder am Schluss die Lackierten.

Patrick Weisskopf: Ich verteidige mich und möchte niemanden anschwärzen. Mir geht darum, dass man diese Diskussion öffentlich führt und zeigt, um was geht es, um was für Zeiträume es sich handelt. Wir können nicht einfach sagen, man muss den vorher nie gesehenen Bau niemals in diesem Umfang Tatsache werden lassen; dies ist mir zu plakativ. Ich will, das man sagt, welche Varianten vorhanden sind, was der Stand der Dinge ist, was macht der Bund, was der Kanton und was die Gemeinde, gibt es Gemeinden, die zusammenarbeiten? Wir reden hier nicht nur von Pratteln alleine, wir reden von Lösungsansätzen, die über den Kanton hinausgehen und sich in einem sehr grossen Zeitraum bewegen. Es geht nun darum, die Weichen richtig zu stellen. Und das Ziel ist, dass man zusammenstehen und Hand bieten will, dies vorwärts zu bringen. Das, was jetzt hier stattfindet, ist der Beginn eines Jahrhundertbauwerkes. Dies kann ein neuer Wiesenbergtunnel sein, der in Pratteln beginnt, und je nach Interpretation fährt der Zug genau durch Pratteln oder, für Pratteln besser, geht vorher in den Berg hinein. Und dafür muss Lobbying auf allen Ebenen gemacht werden. Und ich möchte, dass man mit diesen Fragen gezielt vorwärts macht.

Gert Ruder: Jedes Postulat lässt sich überweisen oder nicht und so ist bei diesem auch. Ich stelle fest, dass im Gegensatz zur eher unsachlichen Diskussion in der Oktobersitzung eine gewisse Lernfähigkeit der FDP-Fraktion Einzug gehalten hat und ich bin der Meinung, wenn der Gemeinderat auch bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen, können wir dem Gemeinderat die Chance geben, auch noch etwas im Umgang mit dieser grossen Bauherrschaft SBB zu lernen und auch im Umgang mit dem Bundesrecht und wie man solche grosse „Kisten“ der Bevölkerung und dem Parlament gegenüber kommuniziert. Ich sehe eine Chance für den Gemeinderat in diesem Postulat, wenn sich der Gemeinderat schlau gemacht hat, auch wirklich aufzudecken und dem Rat gegenüber aufzuzeigen, was für Chancen auch dahinter stehen könnten, wenn der Bund durch Pratteln durchfährt mit einigen Gleisen mehr. Es können durchaus Chancen sein und nicht alles nur schlecht. Es gibt auch technische Lösungen, beispielsweise, dass die Bahn leiser wird. Der Gemeinderat könnte auch in anderer Art und Weise in Verhandlungen treten in Bezug auf Querungen und von daher denke ich, auch wenn das Postulat in der Formulierung nicht ganz sauber ist, kann man es wirklich überweisen und mit Spannung auf den Bericht warten, den der Gemeinderat zu gegebener Zeit bringen wird.

Stephan Ackermann: Patrick Freud hat vorhin erläutert, um was es geht. Unser Problem, das Postulat so zu unterstützen, wie es hier liegt, liegt nicht am Votum von Patrick Freund, sondern mit diesem Postulat soll alles Machbare unternommen werden, damit der vorgesehene Ausbau niemals Tatsache wird. Wir wissen nicht, wie der vorgesehene Ausbau aussieht und wieso soll man alles Machbare ergreifen, um dies zu verhindern? Dies ist die Krux an der vorliegenden Formulierung. Was der Gemeindepräsident vorhin zur GPK gesagt hat: Die GPK hat mit dem Gemeinderat geredet, aber es ist aus meinem Verständnis heraus, nicht Aufgabe der GPK, die Einwohnerräte über den Stand zu informieren und wir in der Fraktion handhaben es so, dass diejenigen Diskussionen, die in der GPK stattfinden, auch dort bleiben und nicht telquel an die Fraktion weitergeleitet werden. Da haben wir eine gewisse Verschwiegenheit und wir finden dies richtig. Wenn irgendetwas ein GPK-Geschäft geworden ist und der Gemeinderat meint, er müsse dazu

schweigen, dann müsste der Gemeinderat zu Einigem schweigen, weil die GPK ganz unterschiedliche Sachen am Laufen hat.

Stefan Löw: Für mich ist es etwas verwunderlich. Was will man mit diesem Postulat? Was will die FDP erreichen? Sie will einerseits, dass das, was nicht an die Öffentlichkeit darf, irgendwann einmal an die Öffentlichkeit kommen darf. Und es ist der Sinn des Postulates, dem Gemeinderat die Legitimation zu geben, dass er berichten darf, was er macht. Ein weiterer Punkt ist natürlich, dass man die Richtung steuern will, dass nicht nur einseitig über ein Thema diskutiert wird, sondern dass Kanton und Gemeinde klar in die Pflicht genommen und aufgefordert werden, dies mit den SBB richtig durchzudiskutieren und die Projekte anzuschauen und dass man auch kritisch dazu Stellung nehmen kann. Ich bitte sie im Sinne der öffentlichen Medienmitteilung, dass sie dieses Postulat so überweisen. Sonst müssten der Gemeinderat, die GPK und die RPK schweigen und wir wissen weiter nicht, was passiert.

Patrick Freund: Es gibt ein Missverständnis. Wir haben im Postulat einen Relativsatz „... in dem Umfang Tatsache wird, dass geplante und bestehende Investitionen“, über die man jetzt entscheiden muss, plötzlich in 10 oder 20 Jahren gefährdet sind. Es geht nicht darum, wie gross der Umfang ist. Es geht darum, dass diese Sache nicht plötzlich eine Investitionsblockade auslöst, dass in der Gemeinde Pratteln die nächsten 20 Jahre nichts mehr geht, bis es der SBB genehm wäre, die Pläne etwas genauer anzufertigen. Ich habe nicht Angst, dass die SBB daran arbeitet; ich befürchte eher das Gegenteil. Man sollte ein Instrument geben, dass Öffentlichkeit und Einwohnerrat regelmässig informiert werden und man weiss, was geht. So können wir oder der Gemeinderat proaktiv reagieren. Es geht nicht darum, den Umfang in Frage zu stellen, was die SBB macht, es geht darum, dass die Investitionen nicht plötzlich in Frage gestellt werden.

GP Beat Stingelin zur GPK: Wenn der Einwohnerrat das Gefühl hat, der Gemeinderat müsse informieren, habe ich damit kein Problem damit. Aber kommt nicht und sagt, ich hätte etwas gesagt, bevor die GPK einen Bericht geschrieben hat, falls sie hierüber einen schreibt. Ich habe die GPK informiert, dass wir ein Schreiben an die SBB gerichtet haben, in dem steht, dass wir mit ihnen verhandeln wollen und gleichzeitig an den selben Tisch muss auch der Regeierungsrat kommen, an den wir auch ein Schreiben gerichtet haben. Weiter habe ich der GPK gesagt, dass wir probieren, auf den Frühling einen Termin mit den beiden Playern zu machen und dass der Gemeinderat mit diesen diskutiert. Weiter möchten wir, dass SBB und der Kanton eine öffentliche Veranstaltung machen, dass die Bevölkerung informiert wird.

Benedikt Schmidt: Ich habe heute gelernt, dass ich scheinbar ein funktionaler Analphabet bin. Die FDP redet davon, man wolle mit diesem Postulat dem Gemeinderat ein Instrument geben, dass er informieren soll. Wenn ich aber den fettgedruckten Text lese, steht dort, der Gemeinderat solle alles Machbare unternehmen, damit der Ausbau niemals in diesem Umfang Tatsache wird. Das Problem mit diesem Postulat ist, dass etwas von einem vorgesehenen Ausbau steht, der nicht Tatsache werden soll. Dann muss ich fragen „Was ist denn der vorgesehene Ausbau?“ Wir wurden bisher noch nicht einmal richtig informiert, was dies genau ist. An der letzten Sitzung, an der wir darüber diskutiert haben, hiess es, es gäbe keine Pläne und 2 Tage später waren plötzlich Pläne auf den Prattelnnetz. Es gibt Informationen, man gibt sie nicht weiter und bevor ich mich gegen ein Projekt wehre, möchte ich wissen, was das Projekt ist. Was der Gemeinderat bisher gesagt hat und was die FDP in ihrer Medienmitteilung geschrieben hat, reicht nicht, um ein Projekt zu sabotieren. Und so gesehen, können wir Fundamentalopposition gegen etwas machen, das wir nicht kennen -das ist auch ein Politikstil- aber ich meine, das Postulat gehört abgelehnt.

Kurt Lanz: Als Präsident der GPK muss ich noch kurz Stellung nehmen: GP Beat Stingelin hat informiert, was er der GPK auch gesagt hat und soweit kann ich das unterstützen. Uns hat es dasselbe gesagt im Zusammenhang mit der Information, die im Verlauf der 1. Hälfte des nächsten Jahres geplant ist. Die GPK hat in diesem Zusammenhang einen relativ guten Zeitplan. Was mich etwas verbittert hat, ist, dass die Zusammenarbeit zwischen GPK und Gemeinderat, sofern man von Zusammenarbeit reden kann, denn wir sind ja die prüfende Stelle, mich enttäuscht, wenn der Gemeinderat sagt, er wisse gar nicht, ob er noch ein Feedback erhalte. In der Regel hat die GPK alle Untersuchungen mit einem Feedback an den Gemeinderat beendet und dies wird auch bei diesem Geschäft so sein.

GR Felix Knöpfel: Es ist natürlich so, und auch protokolliert, so kann man 2 Monate später nicht sagen, man hätte nichts gehört. Ich habe aus dem Protokoll der Oktobersitzung eine ganze Seite benutzt, um mich hier zu erklären, was gemacht wird und die Fragen beantwortet, die Werner Graber seinerzeit gestellt hat. Benedikt Schmidt, ich weiss nicht, was ich sonst noch weiter sagen soll, es steht ja alles in Protokoll: zur Tramverlängerung, die nicht mehr stattfindet, zur Industriestrasse usw. usw. Es steht alles im Protokoll und du behauptest, wir hätten nie etwas gesagt.

Fredi Wiesner: Die Fraktion der SVP hat dies Geschäft auch angeschaut und gedacht, es gäbe dazu nicht so viel zu sagen und beschlossen, wenn der Gemeinderat das Postulat so entgegen nehmen will, es so zu überweisen. Ob es nun ein Postulat ist oder nicht, spielt in diesem Fall nicht so eine grosse Rolle. Der Gemeinderat kann prüfen und berichten und sagen, es gäbe nichts zu sagen und damit ist auch etwas gesagt. Man hat viel über diese Sache gehört und gelesen und weiss nicht, was stimmt und was nicht. Die Zukunft wird bringen, was hier genau passiert. Wir haben im Geschäftsreglement noch einen Artikel, der heisst "Ferner kann der Gemeinderat zu einem bestimmten Vorgehen oder Verhalten auf dem Gebiet der Verwaltung eingeladen werden" und man kann dies auch so anschauen: Wir geben dem Gemeinderat die Möglichkeit, uns zu orientieren, aktiv zu werden und uns zu berichten, damit es nicht so wird wie das letzte Mal und darum überweisen wir doch dieses Geschäft und der Gemeinderat hat ein ganzes Jahr lang Zeit und dann werden wir mehr hören.

Benedikt Schmidt: Eine Antwort an GR Felix Knöpfel. Es ist richtig, dass viel geredet wurde. Ich bin aber auch Mitglied der BPK und dort stützen wir uns nicht auf das, was uns der Gemeinderat mündlich erzählt, sondern haben Planungsberichte, Pläne usw. und dies erlaubt uns eine gute fundierte Aussage über Projekte. Mein Informationsstandard, bevor ich zu etwas ja oder nein sage, ist offenbar höher als bei dir.

Emanuel Trueb: Es ist schade, sich bei diesem Postulat in ideologische Grabenkämpfe zu verwickeln. Es geht um eine Frage, die uns alle interessiert: Man möchte den Gemeinderat beauftragen, dieser Frage nachzugehen. Die Sorge, die Patrick Freund zum Ausdruck bringt, ist deutlich formuliert, wenn er sagt, es solle alles unternommen werden, damit der Gemeinde bei bestehenden und geplanten Investitionen und dem Standort Pratteln kein Nachteil erwächst. Es geht darum, dass der Gemeinderat im Sinn Allerschaut, dass das, was die SBB vorhaben, nicht zum Nachteil der Gemeinde gereicht. In diesem Sinn ist eine Überweisung des Postulates absolut unproblematisch. Ich verstehe die Sorgen von Benedikt Schmidt, bin aber trotzdem der Meinung, in dieser Formulierung kann man es an den Gemeinderat überweisen. In diesem Sinn -es ist alles gesagt und die Sorgen liegen auf dem Tisch- und der Gemeinderat weiss, was anfangen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 33 Ja zu 4 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2699 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

"Eco-Drive Kurse"

(Roger Schneider, Unabhängige Pratteln)

Aktenhinweis

- "Eco-Drive Kurse" (Roger Schneider, Unabhängige Pratteln) vom 6. 12. 2010

GR Rolf Wehrli (als Stellvertreter von GR Felix Knöpfel): Pratteln hat letztes Jahr das Energiestadt-Label erhalten. In diesem Zusammenhang hat sich Pratteln verpflichtet, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Eine der Umsetzungsmassnahmen sind die Eco-Drive Kurse; im Budget 2010 sind CHF 2'000 für Gemeindeangestellte und CHF 1'000 für Prattlerinnen und Prattler vorgesehen. Frage 1: Nach welchen Kriterien erfolgte die Vergabe der Fahrkurse? Die Vergabe erfolgte gemäss Beschaffungsgesetz im freihändigen Verfahren (bis CHF 150'000 auf Grund einer Offerte). Das wichtigste Kriterium für die Durchführung war die Qualifikation durch ausgebildete, anerkannte Fahrlehrer mit Praxiserfahrung. Der Firmenstandort sollte, wenn möglich, in Pratteln sein (einheimisches Gewerbe). Frage 2: Wer führte die Kurse durch? Wurden Kurse auch bei anderen Anbietern subventioniert? Die Kurse wurden von Drivers-Competence-Centrum (DCC-AG mit Sitz in Pratteln) durchgeführt. Die DCC-AG hat bereits in anderen Energiestädten wie Arlesheim, Riehen, Muttenz usw. solche Kurse durchgeführt und stellt ihre Moderatoren auch für den TCS und VCS zur Verfügung. Die Leistungen des Unternehmers werden nicht subventioniert, sondern im Rahmen eines normalen Auftrages mittels Rechnung beglichen. Frage 3: Wie viele Personen nahmen an den Kursen teil? Ist der Gemeinderat mit der Nachfrage zufrieden? Es waren insgesamt 15 Teilnehmer. Bei 12 Gemeindeangestellten, die beruflich viel fahren müssen, wurde der Kurs vollständig als Weiterbildung bezahlt. Eine Teilnehmerin aus Pratteln erhielt eine Subvention. Zwei auswärtige Teilnehmer erhielten keine Vergünstigung. Aus Sicht des Gemeinderates ist die Teilnehmerzahl eher gering ausgefallen und ein grösseres Interesse wäre im Sinn des Umweltschutzes wünschenswert. Mit dem Ergebnis der durchschnittlichen Betriebsstoffeinsparung bei den Gemeindeangestellten ist der Gemeinderat sehr zufrieden. Damit wird aufgezeigt, dass auch dieser Ansatz zur Reduktion des CO₂-Ausstosses beim motorisierten Verkehr sinnvoll ist. Laut der Berechnung beträgt die Einsparung 2,1 bis 10 Liter je nach Motor oder im Durchschnitt eine Ersparnis von 5.5 bis 10.5%. Frage 4: Profitierten die Gemeindeangestellten auch von den Subventionen? In erster Linie profitierten die Gemeinde und die Umwelt von diesem neuen Fahrstil, der dort gelernt wird. Der Gemeinderat hofft, dass dieser Kurs, der auch 2011 wieder budgetiert ist, noch mehr Personen anzieht, die berufsbedingt und privat viel mit dem Auto unterwegs sind.

Zusatzfrage von Roger Schneider: Ich kenne die DCC-AG nicht; wer ist diese Firma?

GR Rolf Wehrli: Es handelt sich um eine Firma, die im Handelsregister des Kantons Basel-Landschaft eingetragen ist. Zweck ist unter andern die Bereitstellung von Schulungseinrichtungen und Durchführung von Aus- und Weiterbildungsanlässen. Der Firma gehören verschiedene Persönlichkeiten aus dem Kanton an und auch Felix Knöpfel und weitere Herren aus Rheinfelden, Pfeffingen, Biel-Benken und Muttenz. Diese und weitere Informationen sind im Handelsregister im Internet abrufbar.

Verabschiedung von Einwohnerrat Thomas Vogelsperger:

Dieter Stohler verabschiedet Thomas Vogelsperger mit folgenden Worten: Thomas Vogelsperger tritt per Ende 2010 aus dem Einwohnerrat aus. Du hast uns mitgeteilt, dass du aus beruflichen Gründen dazu gezwungen bist, was wir bedauern. Im Rücktrittschreiben hast du geschrieben, dass du eine schöne Zeit im Rat hattest und dass du an vielen spannenden Diskussionen beteiligt warst und vielen interessanten Menschen begegnet bist. Thomas Vogelsperger ist am 1. April 2006 als Nachfolger von Christine von Arx in den Rat eingetreten. Thomas Vogelsperger war von Beginn weg Mitglied der GPK

und ist Mitglied der Spezialkommission Parkierungsreglement und seit dem 1. Juni 2010 als Stimmzähler Mitglied des Büros des Einwohnerrates. Lieber Thomas, du hast dich aktiv für die Themen im Rat engagiert und auch aktiv in Kommissionen mitgewirkt. Du hast viel Freizeit geopfert und einige persönliche Gedanken in den Rat gebracht und mit Engagement und hoher Glaubwürdigkeit vertreten. Für deine aktive Mitgestaltung danke ich dir im Namen des Einwohnerrates und der ganzen Bevölkerung sehr herzlich. Die Zusammenarbeit mit dir auch im Büro, habe ich als sehr konstruktiv erlebt. Ich wünsche dir alles Gute für die Zukunft und freue mich, dass du dich weiterhin für Pratteln einsetzt; du wohnst und arbeitest ja in Pratteln und wie du mir gesagt hast, wirst du weiterhin nicht mehr an der Front, aber weiterhin in der Partei, im Hintergrund tätig bleiben und dich für Pratteln und die Gemeinschaft einsetzen. Thomas Vogelsperger verzichtet auf den Mörser und spendet diesen Betrag an Médecin sans Frontière Suisse. Ich wünsche dir alles Gute.

Thomas Vogelsperger erhält einen Blumenstrauss und der Einwohnerrat verabschiedet ihn mit tosendem Applaus.

Thomas Vogelsperger: Es ist alles gesagt, was zu sagen ist, hiess es vorhin. Aber es ist noch nicht alles gesagt und ich sage euch ein herzliches Dankeschön für eure Unterstützung, für euer Vertrauen. Danke und habt weiterhin tolle und visionäre Gedanken und kämpft um das Wohl von Pratteln und seiner Einwohnerinnen und Einwohner. Die Zeit hier hat mich sehr gefreut.

Dieter Stohler: Ich danke Allen für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr und auch meinen Bürokollegen. Ich sage Dank an Personen, die nicht so sehr im Rampenlicht stehen. Zu nennen sind Steve Fischer und Fritz Schneider, die einen hervorragenden Job machen. Ich danke auch unserem Weibel Martin Suter und Joachim Maass, der trotz seiner Operation vor wenigen Tagen mit seiner Gehbehinderung bereits heute teilgenommen hat und wünsche ihm gute Besserung. Ich sage der Gemeindeverwaltung Danke, ihr Chef Stefan Brauchli sitzt im Publikum, und ich danke auch für das Interesse, die politischen Entscheidungsprozesse mit zu verfolgen und für die gute Zusammenarbeit. Schlussendlich danke ich auch den Medienschaffenden für die sachliche Berichterstattung und auch unserem inoffiziellen Hoffotograf Erich Weisskopf möchte ich herzlich Danke sagen für die schönen Fotos von Einwohnerratsanlässen und er hat heute hoffentlich den Fotoapparat dabei, wenn wir nachher beim Apéro stehen. Ich wünsche allen eine gute Weihnachtszeit, Zeit auch für etwas Besinnung, Ruhe und Entspannung, bevor wir uns nach einen guten Übergang ins neue Jahr am 31. Januar 2011 wieder hier zur nächsten Einwohnerratssitzung treffen. Ich darf nun Alle, auch die Zuschauer, herzlich zum Apéro einladen. Die Sitzung ist geschlossen.

Die Sitzung wird um 22.00 Uhr beendet.

Pratteln, den 10. Januar 2011

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Dieter Stohler

Joachim Maass